Unterwegs in die Zukunft

Akademie Solidarische Ökonomie

Die Akademie Solidarische Ökonomie ist eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Stiftung Ökumene. Sie wurde im Sommer 2008 von engagierten Menschen gegründet, die dem Dogma angeblicher Alternativlosigkeit zur kapitalistischen Wirtschaftsweise etwas entgegensetzen möchten: den Entwurf einer lebensdienlichen, solidarischen und zukunftsfähigen Ökonomie.

www.akademie-solidarische-oekonomie.de

Zweite, überarbeitete Auflage 2019
Herausgeber: Akademie Solidarische Ökonomie
Endredaktion: Norbert Bernholt, Christoph Ecken, Klaus Simon

Creative-Commons-Lizenz 3.0 BY-ND. Nach dieser Lizenz dürfen Sie den Text vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass Titel und Herausgeber genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

Umschlagbild: Fotolia

Unterwegs in die Zukunft

Warum wir eine andere Welt wollen und wie sie aussehen könnte

Die Akademie Solidarische Ökonomie stellt den Entwurf einer solidarischen Gesellschaft zur Diskussion. Wir skizzieren darin sozioökonomische Rahmenbedingungen, die ein gutes Leben für alle ermöglichen. Das Fördern gelingender Beziehungen zwischen Menschen sowie zwischen Menschheit und Natur ist unserer Ansicht nach die entscheidende Aufgabe eines Gesellschaftssystems, das uns in die Zukunft zu führen vermag.

Inhalt

Zeichen der Zeit	**5**
Wie sich das kapitalistische System auswirkt	**6**
Mensch und System hängen zusammen	**10**
Reformversuche	**13**
Einfach selbst aktiv werden	**15**
Ziel und Weg zur Veränderung	**16**
Unser Entwurf der Solidarischen Gesellschaft	**18**
Das Gelingen des Umbaus	**28**
Einordnung in die öffentliche Diskussion	**30**
Nach vorne blicken	**34**
Anhang: Häufige Fragen und Einwände	**35**

Zeichen der Zeit

Die kapitalistische Wirtschaft ist von unglaublicher Innovationskraft. Sie hat den Fabrikmädchen die Seidenstrümpfe der Königinnen gebracht. Vorbei ist die Plage körperlicher Arbeit, technische Geister aller Art sind uns dienstbar. Wir leben in den Industrieländern heute doppelt so lange wie im Mittelalter, und den meisten geht es materiell so gut wie noch nie.

Zugleich sterben Menschen am Hunger: 2011 sind weltweit 18 Millionen verhungert und 2016 waren 815 Millionen Menschen chronisch unterernährt. Der Mangel am Nötigsten sowie Waffengewalt zwingt sie oft zum Verlassen ihrer Heimat (fast 70 Millionen Menschen sind derzeit auf der Flucht). Der internationale Terrorismus erhält immer mehr Zulauf. Die Folgen von Industrialisierung und Konsum überfordern zunehmend das Ökosystem; längst sind unsere Lebensgrundlagen ernsthaft beeinträchtigt (Luft, Boden, Wasserhaushalt, Artenvielfalt, …). Kommunen und Staaten können wegen ihrer Schuldenlast nur noch eingeschränkt agieren. Durch Spekulationsblasen besteht immer die Gefahr von Finanzkrisen. Und die Drohkulisse des sogenannten Nuklearpotenzials hält nach wie vor die aberwitzige Waffenwirkung von 2.500 Zweiten Weltkriegen abrufbereit: umgerechnet siebzehntausend Handgranaten je Erdbewohner!

Die Summe dieser Krisenerscheinungen stimmt nachdenklich. Eigentlich geht es uns nicht so gut, sondern so schlecht wie noch nie: Der Global-Risk-Report 2019 des Weltwirtschaftsforums Davos bezeichnet Teile der Entwicklung als „außer Kontrolle“ und der IWF forderte bereits 2017 angesichts rasant zunehmender Ungleichheit höhere Vermögenssteuern. Was sich derzeit zusammenbraut will im Grunde niemand. Warum ist es zu dieser Situation gekommen?

Wie sich das kapitalistische System auswirkt

Gesellschaftliche Krisen fallen nicht vom Himmel, sondern entstehen innerhalb ihrer jeweiligen Epoche, in unserem Falle also der kapitalistischen Epoche. Aber was eigentlich ist Kapitalismus?

Kapitalismus kommt von Kapital – wie der Name schon sagt. Dabei ist Kapital nicht einfach eine Anhäufung von Geld- oder Sachwerten. Sondern aus Geld wird Geldkapital, und aus Sachwerten wird Sachkapital, wenn sie *investiert* werden: z.B. zur Vorfinanzierung der Produktion. Und im Kapitalismus dienen solche Investitionen fast immer dem Zweck, eine zusätzliche Rendite zu erzielen. D.h. der Kapitaleigner legt sein Kapital dort an, wo er nicht nur dieses Kapital zurückerhält, sondern auch einen möglichst hohen Ertrag („Kapitalverwertung"). Er wird das um Rendite vermehrte Kapital dann erneut anlegen und wiederum vermehrt zurückerhalten („Kapitalakkumulation"). Der wünschenswerte Mehrwert, der durch die Wirtschaftstätigkeit entsteht (Gewinn), fließt also zu einem erheblichen Teil an die Kapitaleigner (private Profitvereinnahmung). Rendite und Privatisierung bilden in diesem System die Leitprinzipien.

Nun ist dieser Kapitaleinsatz nicht etwa wegen des oft zitierten Kleinunternehmers problematisch, der sich damit einen maßvollen Ertrag erwirtschaftet. Vielmehr wird das System durch Großkapitaleigner entscheidend bestimmt, welche leistungslos Milliardenprofite scheffeln – allein durch das Anlegen ihres Kapitals gegen Entgelt. *Das* macht den Kapitalismus im Grunde aus: riesige Mengen von Kapital werden zum Zwecke der privaten Profitaneignung eingesetzt.

Die so umrissene kapitalistische *Wirtschaftsweise* braucht für das reibungslose Umsetzen des Renditedenkens natürlich ein geeignetes gesellschaftliches Umfeld. Das betrifft insbesondere:

- Ein Geldsystem, welches das Kapital- und Vermögenswachstum flexibel unterstützt. Das herrschende Geldsystem ist ein Schuldgeldsystem. Der überwiegende Anteil neuen Geldes wird nicht von der Zentralbank geschöpft, sondern entsteht dadurch, dass Geschäftsbanken Kredite (=Schulden) an ihre Kunden ausreichen.

- Eine Eigentumsordnung, welche die private Verfügungsmacht über Kapital und Vermögen sicherstellt. Die herrschende Eigentumsordnung ermöglicht eine unbegrenzte Anhäufung von Vermögen.
- Eine regulierende Rechtsordnung, die das ermöglicht (z.B. Kartell- und Tarifrecht), ferner die Bereitstellung öffentlicher Güter (z.B. Bildung, Infrastruktur) sowie ein Regelwerk für das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage. Im herrschenden System ist all das in Form einer Marktwirtschaft ausgebildet.

Zusammen mit diesem Umfeld wird aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise die kapitalistische *Gesellschaftsform.* In ihrem Zentrum steht ein grundfalsches Geldsystem, welches durch den Handel mit Geld am Kapitalmarkt das Erwirtschaften von mehr Geld ermöglicht – verbunden mit dem Fehler, dass diesem Mehr an Geld keine realwirtschaftliche Leistung gegenübersteht. Unser Geld befindet sich damit im logischen Widerspruch zu seiner erklärten Funktion, Tauschmittel und Wertmaßstab für reale Wirtschaftsgüter zu sein. Soziale, ökologische und ökonomische Belange werden zunehmend an der Logik der Kapitalmehrung ausgerichtet. In dieser Gesellschaft steht das Ziel der Kapitalrendite vor allen anderen Zielen. Von der Bildung über das Gesundheitswesen bis zum Umweltschutz wird alles mehr und mehr dem Vorbehalt der Profiterzielung unterworfen. Die Gesellschaft ökonomisiert sich, andere als ökonomische Werte gelten als zweitrangig. Es herrschen Konkurrenz und Verdrängungswettbewerb. Gewinne werden privat abgeschöpft, ökologische und soziale Folgekosten werden auf Natur und Gesellschaft abgewälzt („Externalisierung"). Das Zurückdrängen staatlicher Einflussnahmen („Deregulierung") und die wirtschaftliche Globalisierung dienen in den meisten Fällen lediglich der Durchsetzung von Kapitalinteressen. Bereicherung ist das Ziel der Wirtschaftstätigkeit und Bedarfsdeckung oft nur noch Mittel zum Zweck. Die marktwirtschaftlichen Grundsätze Chancengleichheit, freie Information und freier Wettbewerb sind durch fragwürdige Subventionen und die Machtkonzentration der Großkonzerne bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Und genau diese kapitalistische Gesellschaftsform lässt sich nun als Ursache der anfangs genannten Krisen erkennen. Im Einzelnen:

Soziale Krisen: Die weltweite soziale Schieflage ist das Ergebnis einer rasant zunehmenden Fehlverteilung von Einkommen und Vermögen. Bereits 2016 besaßen ein paar Wenige mehr als die ärmere Hälfte der gesamten Weltbevölkerung. Allein 2018 ist das Vermögen der Milliardäre um 12 Prozent gestiegen (das sind 2,5 Milliarden US-Dollar am Tag!), während die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung Einbußen von 11 Prozent hinnehmen musste (Oxfam). Auch in Deutschland geht die Schere immer weiter auf: hier konnten die Milliardäre ihr Vermögen 2018 um 20 Prozent steigern und das reichste Prozent der Deutschen verfügt über so viel Vermögen wie die unteren 87 Prozent der Bevölkerung (Oxfam). All das ist die unvermeidliche Folge davon, dass Kapital vermehrt zu seinem Eigner zurückkehrt und danach wieder neu investiert wird. Beim Monopolyspiel kann man sehen wohin das führt: Nach einiger Zeit hat einer fast alles und alle anderen haben fast nichts. Die Reichen werden also immer reicher und zugleich die Armen immer ärmer: es wirkt eine gigantische Umverteilungsmaschine, die immerfort Geld von unten nach oben saugt. Auch die eingangs erwähnte Hunger- und Entwicklungskrise erfährt dadurch weitere Verschärfung.

Ökokrise: Die stetig wachsende Belastung des Ökosystems (sowohl durch Verbrauch von Rohstoffen als auch durch Ausstoß von Abfällen und Schadstoffen) ist eine Folge der wachsenden Wirtschaft. Und das Wirtschaftswachstum ist ebenfalls durch den Kapitaleinsatz bedingt. Es ist doch völlig klar: Wenn in einer Volkswirtschaft das im Vorjahr vermehrte Kapital erneut investiert werden soll, verlangt das eine nun vermehrte Wirtschaftstätigkeit. Im Kapitalismus besteht also ein struktureller Wachstumszwang! Das ist der Grund, warum die Wirtschaft immerzu wachsen soll und auch wirklich wächst – und zusammen mit ihr wachsen dann aber leider auch Ressourcenplünderung und Schadstoffausstoß.

Schuldenkrise: Ebenso geht die allgemeine Überschuldung der Gesellschaft auf den Kapitaleinsatz zurück. Denn die wachsende Wirtschaft benötigt eine wachsende Geldmenge, welche die Geschäftsbanken *per Kredit* in Umlauf bringen. Es besteht somit ein bedauerlicher Zusammenhang: Je reicher die Gesellschaft ist (je größer die volkswirtschaftliche Geldmenge), desto mehr Schulden sind zwangsläufig

vorhanden (ausgereichte Kredite). Die mit der Geldmenge wachsende Kreditmenge muss vom Staat, der Wirtschaft oder den privaten Haushalten aufgenommen, mit Zins bedient und zurückgezahlt werden. Dabei sind die Schulden oft schon so hoch, dass sie sich in Gänze gar nicht mehr rückzahlen lassen (z.B. entspricht die deutsche Staatsverschuldung den kompletten Steuereinnahmen von rund 7 Jahren!). Durch Schulden, Steuerflucht oder auch infolge der Kreditlast aus Entwicklungszusammenarbeit werden die Staaten regelrecht demontiert. Sie sind hoffnungslos überschuldet und können ihre Kernaufgaben zur Versorgung der Grundbedürfnisse immer weniger erfüllen. Die weltweiten Verlierer dieser Entwicklung sind die Unterschichten der Bevölkerungen.

Zyklische Finanzkrisen: Durch Kapitaleinsatz wachsen die Vermögen, und daraus resultiert eine wachsende Menge von Kapital, das erneut Anlagen sucht. Dies führt zu fragwürdigen Kreditvergaben, Spekulation und Platzen von Spekulationsblasen wie 2007/2008 – umso mehr als sich Geschäftsbanken zusätzliches Spekulationskapital in Billionenhöhe gegenseitig per Kredit verschaffen. Geraten sie dabei in Bedrängnis, sind Staat und Steuerzahler bei Strafe einer Wirtschaftskrise gehalten, die Banken zu „retten", d.h. deren Spekulationsschulden zu übernehmen. Dies schwächt die Staaten zusätzlich.

Militärische Bedrohung: Auch die militärische Gefahr ist in vielen Fällen eine direkte Folge des Kapitaleinsatzes, denn das fortwährende Anhäufen von Gewinnen führt zu immer größeren Konzernen und damit zur Machtkonzentration. Reichlich 1.300 Konzerne kontrollieren heute 80 Prozent des gesamten Welthandels, und ihre Interessen beherrschen die Politik der Nationalstaaten. Sie greifen bei ihrem Kampf um neue Rohstoff- und Absatzmärkte auch zu militärischen Mitteln, oft in Form lancierter Bürgerkriege (Beispiel Kongo). Obendrein ist für die Konzerne das Waffengeschäft durch Kriege und Wettrüsten ein wesentliches Profitpotenzial.

Die genannten Krisen sind zwar verschieden, doch sie haben eines gemeinsam: die Ursache! Sie alle sind ein Ergebnis der privaten Anhäufung von Kapital bei einer Minderheit oder werden dadurch zumindest verschärft. Und diese Krisen führen zu Folgekrisen, z.B. zu massenhaften Fluchtbewegungen: Abermillionen Menschen sind

durch Krieg und Hunger an Leib und Leben bedroht – doch wo sollen Abermillionen Asyl finden? Oder zur Terrorgefahr: Wenn so viele Menschen wie derzeit sich gedemütigt fühlen und nichts mehr zu verlieren haben – werden wir dann noch ruhig leben können? Alle diese Schwierigkeiten wurzeln letztlich im Kapitalismus.

Mensch und System hängen zusammen

Kapitalismus ist kein Naturgesetz. Wie alle Gesellschaftssysteme ist er das Ergebnis menschlicher Bestrebungen. Aber warum führen unsere Bestrebungen überhaupt zum Kapitalismus?

Im Laufe des 20. Jahrhunderts hat sich der brutale Manchester-Kapitalismus in weiten Teilen des globalen Nordens zu einem Teilhabe-Kapitalismus entwickelt, unter dem es auch den Arbeitenden besser ging als je zuvor. Man konnte sich nun etwas leisten. Habenwollen stellt im Grunde einen unbescholtenen Antrieb dar; über das Streben nach Mehr können Menschen ihre Armut überwinden. Doch es ist wie beim Fischer und syner Fru: sobald die wesentlichen Bedürfnisse erfüllt sind, wird aus dem nützlichen Streben nach Mehr ein unnützes Streben nach Immer-mehr. Längst befindet sich das Viel-Haben im Widerspruch zum Gut-Leben (Erich Fromm, Niko Paech u.a.). Diese Beschreibung trifft heute für einen großen Teil der Menschen in den reichen Ländern des Nordens zu. Gleichzeitig entfaltet das System in seiner neoliberalen Ausprägung enormen Druck in den Niedriglohn-Ländern; dort lebt der Manchester-Kapitalismus noch immer fort. Und auch in Deutschland sind mittlerweile 22 % der Beschäftigten in den Niedriglohn-Sektor abgerutscht – mit anderen Sorgen als Viel-Haben.

Das trügerische Versprechen, der Einzelne könne zu den Gewinnern gehören, lässt das kapitalistische System nach wie vor attraktiv erscheinen. Viele Menschen sind darauf eingestellt. Sie haben von klein an gelernt, sich zu separieren und mit anderen zu konkurrieren, ihre Fähigkeiten einseitig auf Haben und Karriere auszurichten. Oft fungiert das Streben nach Besitz und Macht als Ersatz für Zuwendung

und Anerkennung. Der aggressive Verdrängungswettbewerb marktradikaler Ökonomie wird als angeblich naturgegebener Kampf ums Dasein ausgegeben, und dieser Kampf kennzeichnet nicht nur die Kultur der Wirtschaft, sondern auch die vieler Individuen. Der Erwerb materieller Güter und ungebremste Mobilitätsansprüche dienen der Demonstration des eigenen Status, und damit kämpfen Menschen um ihren Rang in der sozialen Hierarchie. Hast du was, dann bist du was! Die daraus folgende Konsumspirale ist das Gegenstück zur Spirale des Wirtschaftswachstums, und ohne dieses Gegenstück könnte das System nicht überleben: Nicht nur die Kapitaleigner, auch wir Konsumenten treiben den Kapitalismus an! Angesichts dieses offenbar engen Zusammenhangs stellt sich die Frage nach der Rolle, die wir dabei spielen.

Das Verhalten menschlicher Individuen lässt sich u.a. aus dem Spannungsfeld zweier gegensätzlicher Pole erklären. Zum einen haben wir das Bedürfnis nach Autonomie und Selbstentfaltung („Selbstpol"), zum anderen nach Zuwendung und sozialer Beziehung („Sozialpol"). Aufgrund dieser sich gegenüberstehenden Pole spricht man von der Bipolarität oder auch Dualität menschlicher Grundbestrebungen. Diese Bestrebungen sind aber nicht nur gegensätzlich, sondern zugleich aufeinander bezogen. Wir benötigen gleichermaßen die Entfaltung des Selbstpols wie auch des Sozialpols. Das Verhältnis zwischen beiden Polen kann bei jedem Individuum unterschiedlich ausgeprägt sein und sich günstig oder problematisch entwickeln (die Gründe dafür können bereits in der Eltern-Kind-Beziehung oder auch in den später gemachten Erfahrungen des Individuums liegen). Es geht dabei um Ausgewogenheit: Unsere Beziehungen gelingen dann am besten, wenn damit zugleich eine für uns optimale Balance der dualen Grundbestrebungen einhergeht.

Betrachten wir uns als gesellschaftliches Wesen, so sind wir eher Bestandteil als Beherrscher dieser Welt voller komplexer Beziehungssysteme. Beziehungen bestimmen das Weltgeschehen vom kosmischen Bereich bis hinein in die Mikrowelt der Atome. Innerhalb der Soziologie greift die Resonanztheorie diese Einordnung des Menschen auf und untersucht Bedingungen, welche Beziehungen fördern bzw. behindern. Die Grundthese lautet: Gelingendes Leben basiert auf re-

sonanten Beziehungen zwischen Menschen und ihren Bezugspunkten. Solche Bezugspunkte können andere Menschen sein, aber auch Dinge, Tätigkeiten, die Natur, die Kunst usw. Unsere Beziehungen sind immer dann resonant und werden als Bereicherung erlebt, wenn sich beide Seiten wechselseitig anregen, in „Schwingung“ geraten (Hartmut Rosa). Gelingen diese Beziehungen nicht, haben die Menschen zu wichtigen Bezugspunkte ihrer Umwelt nur ein indifferentes oder sogar stummes Verhältnis. Dies ist der Kern dessen, was man als Entfremdung bezeichnet.

Dem Kapitalismus ist es weitgehend gelungen, unsere „zweidimensionale“ Sicht- und Erlebensweise – die sowohl den Wunsch nach Selbstentfaltung als auch den nach Kooperation umfasst – in eine „eindimensionale“ umzuformen. Dabei wird der Sozialpol von einem in die Irre geleiteten Selbstpol dominiert. Wir verfallen dem Grundirrtum, das Glück im Mehr-Haben zu suchen. Die für unsere Gesellschaft typischen Merkmale wie Zeitknappheit, Konkurrenzdruck, Angst, Stress und der Zwang zur Selbstoptimierung verhindern geradezu ein gelingendes Leben und führen oft zum Verstummen resonanter Beziehungen. Zwar ist nicht zu übersehen, dass die kapitalistische Gesellschaftsform mit einer Fülle von Ersatz-Resonanzräumen solches Verstummen zu kompensieren sucht, doch können diese ihr Versprechen lebendiger Beziehung nicht einlösen: Riesige Konsumtempel, überbordender Tourismus, die Flucht ins Virtuelle, …

Wir sind der Meinung, dass die künftige Gesellschaft diese Entfremdung überwinden kann und wird. Dabei soll es nicht darum gehen, den Spieß umzudrehen, sodass der Sozialpol nun den Selbstpol dominiert (wie das die Formen von Staatssozialismus mit überbetontem Kollektivismus versucht haben). Sondern es sind gesellschaftliche Rahmenbedingungen nötig, die ein aufeinander bezogenes Verhalten sinnvoll machen und belohnen, um so die Erfüllung unseres Grundbedürfnisses nach gelingendem Kontakt zu ermöglichen. In den folgenden Abschnitten werden wir diese Rahmenbedingungen aufzeigen.

Unsere heutigen Krisen entpuppen sich im Grunde als ein Bewusstseinsproblem. Doch wir können die Hintergründe unserer Entfremdung ebenso verstehen lernen wie die der Fehlverteilung und der Umweltzerstörung. Es ist bei alledem nicht nötig, dass wir „neue“

Menschen werden. Wir müssen vielmehr die Ursachen und Zusammenhänge heutiger Schwierigkeiten durchschauen. Unser Unterwegssein in die Zukunft ist ein stetiges Wechselspiel von sich änderndem Bewusstsein und sich ändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Ohne wachsendes Verständnis kann es allerdings nicht zur Akzeptanz neuer Rahmenbedingungen kommen. Insofern ist die Entwicklung unseres eigenen wie auch des gesellschaftlichen Bewusstseins der Angelpunkt aller Transformation. *Wir selbst* sind am Zug.

Reformversuche

Neben skrupellosen Akteuren finden sich unter den Vertretern des kapitalistischen Systems auch immer verantwortungsvolle Kräfte, welche Fehlentwicklungen wahrnehmen und korrigieren wollen. Und so kennt die Geschichte durchaus Versuche des Gegensteuerns. Ein Beispiel dafür ist der „New Deal“ des amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt, welcher das soziale Ungleichgewicht in den USA erfolgreich begrenzt hat. Dabei wurden nicht etwa die Grundwidersprüche des Kapitalismus überwunden, wohl aber veränderte sich das Gesicht des Systems über vier Jahrzehnte hinweg. Mit Spitzensteuersätzen um 90 Prozent auf hohe Einkommen gelang es ab 1940, den Anteil des obersten Zehntels stabil auf ein Drittel aller U.S.-Markteinkommen zu begrenzen. Das nun der Gesellschaft reichlich zufließende Geld führte zu unglaublicher nationaler Wohlfahrt – die noch heute als Mythos durch die Köpfe geistert, während längst jeder siebente U.S.-Amerikaner von Essenmarken lebt (ab Ende der 1970er Jahre wurde die Reform Schritt für Schritt wieder demontiert).

Gegenwärtig gibt es ein anderes Reformbemühen, welches das für den Kapitaleinsatz notwendige Wirtschaftswachstum von weiteren Belastungen des Ökosystems zu entkoppeln versucht. In einem „Green New Deal“ soll der massenhafte Einsatz effizienter und naturverträglicher Technologien dieses Ziel sicherstellen. Doch die bisherige Bilanz ist ernüchternd. So wurde bspw. zwischen 1970 und 2001 die Effizienz von Flugzeugtriebwerken um den Faktor 3 gesteigert – doch im glei-

chen Zeitraum wuchs allein der Personenflugverkehr um den Faktor 6! Das Wachstum frisst den Technologie-Fortschritt auf („Rebound-Effekt“). Trotz aller Effizienzsteigerungen der vergangenen Jahrzehnte ist die weltweite Belastung des Ökosystems schlimmer denn je.

Wir müssen die Umweltbelastung schnellstmöglich auf ein nachhaltiges Maß zurückführen und die krasse Fehlverteilung der Vermögen korrigieren. Die Zeichen, dies mittels Reformversuchen des kapitalistischen Systems zu erreichen, stehen in der Gegenwart denkbar schlecht:

- Die Anhäufung der Vermögen erfolgt mittlerweile völlig ungebremst. Unter den Bedingungen global agierenden Kapitals sind Reformen wie die Roosevelts wesentlich schwieriger zu machen. Selbst eine Soziale Marktwirtschaft, wie sie in Deutschland in den 1950er und 60er Jahren in Analogie zum New Deal praktiziert wurde, ist derzeit im globalen Kapitalismus nicht mehr umsetzbar.
- Die heute bestehenden Umweltbelastungen zwingen zur weltweiten Absenkung von Wirtschaftsleistung und Konsum („Schrumpfung“), da jahrzehntelange Effizienzsteigerung keinerlei Verbesserung erbringen konnte. Das ist das schiere Gegenteil von Wirtschaftswachstum, doch die kapitalistische Wirtschaft unterliegt einem Wachstumszwang. Ohne Wachstum ist eine neuerliche Rendite des vermehrten Kapitals nicht möglich! *D.h. die notwendige Absenkung ist mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem prinzipiell unvereinbar.* Und so braucht es nicht zu verwundern, dass dringende Vorhaben wie z.B. das 1,5°-Ziel immer unerreichbarer werden. Allen Klimaverhandlungen zum Trotz ist die weltweite CO_2-Emission zwischen 1990 und 2018 von 21,5 auf 37,1 Gigatonnen angeschwollen – und sie steigt weiterhin, anstatt endlich zu sinken!

Fazit: Das kapitalistische System ist den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht mehr gewachsen. Reformen werden seine Probleme nicht lösen können. Und so zeigt sich an dieser Stelle, dass wir uns die Zukunft besser jenseits des kapitalistischen Systems vorstellen sollten („Postkapitalismus“): Dort – nur dort – befindet sich der Ausgang aus dem Krisenlabyrinth.

Einfach selbst aktiv werden

Wie also nun weiter? Es bietet sich natürlich an, bei uns selbst zu beginnen. Denn wenn *wir* es sind, die mit unserem Konsum den Kapitalismus am Leben halten, dann können *wir* natürlich aufhören, das zu tun. Wir können als Individuum aus dem Hamsterrad aussteigen oder zumindest auf nachhaltigeren Konsum achten. Wir können unser angenehmes Leben als Ergebnis skrupelloser Ausbeutung der Natur und anderer Menschen begreifen. Und wir können – ausgestattet mit solcher Wahrnehmung – anders handeln als bisher und uns dabei sogar noch wohler fühlen. Diese Möglichkeit lässt sich gar nicht hoch genug bewerten; sie bildet eine der Grundlagen des Neuen. Doch selbst wenn sich viele Menschen dem anschließen und das System dadurch unter Druck gerät, löst dies trotzdem noch nicht das Problem. Denn die Frage bleibt völlig offen: Was kommt nach dem Kapitalismus?

Ebenso können wir uns Gruppierungen anschließen, die Kooperation in den Vordergrund ihres Handelns rücken. Zum Beispiel in Unternehmen, die nach Kriterien der Gemeinwohlökonomie wirtschaften und ihre Tätigkeit an sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit messen. Oder wir beteiligen uns an solidarökonomischen Projekten, deren Arbeit unmittelbar den Bedürfnissen der Beteiligten dient. Auch solches Engagement lässt sich gar nicht hoch genug bewerten. Das sind die Keimzellen des Neuen, hier lässt sich ein neues Bewusstsein praktisch einüben, und es wird zumindest die Ahnung einer neuen solidarischen Gesellschaft spürbar. Die Keimzellen existieren allerdings neben dem Alten und unterstehen dessen Bedingungen. Das Alte verschwindet dadurch nicht. Doch gerade darauf käme es doch an!

Die neue Gesellschaftsform ergibt sich nicht einfach als Folge bewussteren Konsums oder der Ausweitung solidarökonomischer Projekte. Beides stellt eine Vorbedingung für den gesellschaftlichen Wandel dar. Aber nötig ist weit mehr.

Ziel und Weg zur Veränderung

Um es vorwegzunehmen: Wir möchten weder auf staatssozialistische Planwirtschaft noch kommunistische Diktatur oder Gleichmacherei aller Menschen und Kontinente hinaus. Es geht uns vielmehr darum, die unheilvolle Zunahme sozialer Ungerechtigkeit und ökologischer Belastung zu beenden. Es ist ein Skandal, wenn 1 Prozent Reiche so viel wie die restlichen 99 Prozent der Weltbevölkerung besitzen, und wir das Ökosystem immer weiter belasten und schädigen – als würde unser Leben gar nicht von ihm abhängen. Es kann kein verschwenderisches „Weiter so“ mehr geben, wir brauchen eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Will man über die Transformation der Gesellschaft nachdenken, sind als erstes Zielvorstellungen nötig, wohin die Reise gehen soll. Das uns interessierende Ziel ist, die kapitalistische Gesellschaftsform zu verlassen. Was heißt das? Wir vertreten hierbei die Auffassung Gerhard Scherhorns, wonach das prägende Merkmal des Kapitalismus im „Vorrang der endlosen Kapitalakkumulation“ zu sehen ist. Das bedeutet: Kapital trägt Rendite, die der Kapitaleigner vereinnahmt, und das System stellt sicher, dass er sein nun vermehrtes Kapital erneut rentierlich einsetzen kann – und so immer weiter. Die kapitalistische Gesellschaftsform wird demnach erst dann verlassen, wenn private Profitvereinnahmung nicht mehr möglich ist. Folglich besteht die zentrale Innovation unseres Entwurfs im Aufheben der privaten Profitvereinnahmung, d.h. Kapital kann prinzipiell keine Rendite mehr erzielen.

Aber wird dieses Ziel denn überhaupt Akzeptanz finden? Menschen, die mit ihrem Geld noch mehr Geld verdienen wollen, werden es sicherlich nicht begrüßen. Doch wie viele von uns betrifft das eigentlich? Wer von uns erhält noch Zins auf seine Spareinlagen? Wer kann heute noch im Ernst auf die Sicherheit seiner kapitalgedeckten Altersvorsorge hoffen? Sind wir nicht gemeinsam von den Krisen betroffen, die mit dem Prinzip Kapitalrendite einhergehen? Und bezahlen wir nicht alle über die Verbraucherpreise die Kapitaleinkünfte, welche Händler und Produzenten als Zins für ihre Kredite an die Kapitaleigner abführen? Bis zu einem Drittel der Preise für Güter und Dienst-

leistungen werden durch Kapitalkosten verursacht – bei Mieten sogar noch mehr! Nach zurückhaltender Schätzung führt der deutsche Durchschnittshaushalt jährlich 5.000 Euro allein über die Preise an die Kapitaleigner ab. Wer keine ähnlich hohen Vermögenseinkünfte erzielt, ist Nettozahler und wird Jahr für Jahr geschoren! Wir meinen, dass unsere Zielstellungen für alle Menschen Vorteile bieten, die ihr Geld mit ehrlicher Arbeit verdienen statt sich leistungslos mit Finanzgeschäften zu bereichern.

Und noch ein weiterer Vorbehalt ist zu bedenken: Solche Zielvorstellungen sind aus heutiger Sicht reine Utopie! Denn für die Mehrheit der Menschen erscheint der Wunsch nach rentierlichem Kapitaleinsatz noch immer ganz normal. Aber Utopie ist nicht dasselbe wie Unsinn. Bisher ist jede epochale Neuerung bis an den Vorabend ihrer Verwirklichung nichts als Utopie gewesen. Und diese Utopie kann immerhin auf eine zunehmende Anzahl von Menschen verweisen, die sich heute schon in den unterschiedlichsten Formen von Commons zusammenschließen (engl. *common*: „gemein[sam]"): ebenbürtig und ohne Aussicht auf Gewinn oder sonstige wirtschaftliche Zweckmäßigkeitserwägung.

Was nun den Weg zum Ziel betrifft, vertritt die Akademie einen ganz klaren Grundsatz: *Keine Gewalt!* Gewaltfreiheit beginnt zwischen Menschen und setzt sich in der Gesellschaft fort: Der Weg zur gesellschaftlichen Innovationen ist nicht in der Sackgasse brachialer Revolution zu suchen, nicht in der militärischen Durchsetzung der Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit. Gewiss steht die Gegenfrage im Raum: Geht es denn ohne Gewalt? Nun, beim epochalen Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus sehen wir tatsächlich keine militärische Gewalt. Vielmehr hatte das kapitalistische Denken und Handeln in *Vorformen* die Feudalordnung längst durchsetzt. Und der Umschlag geschah in England, als die beginnende Industrialisierung und das Aufkommen marktabhängiger Bodenpachten das Feudalsystem schließlich aus den Angeln hob. Vorformen tragen – obwohl noch unentfaltet und in die Bedingungen des Alten eingepasst – das Neue schon in sich. Wenn es soweit ist, können sie in eine neue *Systemform* umschlagen und ab dann das Alte dominieren. Das also ist der Weg: ein *Transformationsprozess*.

Unser Entwurf der Solidarischen Gesellschaft

Die Akademie Solidarische Ökonomie möchte ein globales Modell zur Diskussion stellen, das wir *Solidarische Gesellschaft* nennen (Solidarität: gemeinsame Verbundenheit und füreinander einstehend). Im Zentrum stehen vielfältige Formen Solidarischer Ökonomie. Parallel wird es weiterhin industrielle und gewerbliche Unternehmen geben, die allerdings nichtkapitalistischen Spielregeln unterstellt sind: Private Profitaneignung ist nun nicht mehr möglich, dafür ein auskömmliches Leben für alle. Geld, Markt, Eigentum und Staat bleiben erhalten und unterliegen ebenfalls veränderten Regeln. Hier ein knapper Überblick der wesentlichen Komponenten:

Solidarische Ökonomie: Dieser Begriff beschreibt eine alternative Form des Wirtschaftens, die nicht das individuelle Vorteils- und Profitstreben zum Ziel hat, sondern Kooperation und demokratische Teilhabe. Grundlegende Merkmale sind Eigeninitiative und Selbstorganisation sowie Entfaltung der individuellen Fähigkeiten. Traditionelle solidarökonomische Projekte sind z.B. Genossenschaften, deren Arbeit der unmittelbaren Daseinsfürsorge dient. Im Weiteren werden Projekte der Gemeinwohlwirtschaft, des fairen Handels, der Produktion für den eigenen Bedarf (Subsistenzwirtschaft), Tauschringe, Transition Towns (Stadt im Wandel), Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, Regiogeldsysteme und vor allem die schon erwähnten Commons den Formen Solidarischer Ökonomie zugerechnet.

Solidarökonomische Projekte existieren also heute bereits als Keimzellen in Nischen des kapitalistischen Systems. Dabei können Kräfte entstehen, die weit über das jeweilige Projekt hinausweisen. Die Projekte müssen sich allerdings nach außen den Bedingungen des kapitalistischen Marktes stellen, insbesondere wenn sie für den Markt produzieren oder dort Kapital aufnehmen. Und sie können oft auch nicht so gewinnbringend wirtschaften wie kapitalistische Unternehmen, weil Letztere einen Teil der Kosten über schlechte Entlohnung und niedrige Umweltstandards auf die Gesellschaft abwälzen. Wir möchten deshalb diese nachteiligen Bedingungen für die Keimzellen

aufheben. Damit kann dann eine Vielzahl von Projekten wachsen und die neue Wirtschaftsweise in die Breite tragen – zumal die Digitalisierung und technische Neuerungen wie etwa 3D-Drucker der commonsbasierten Produktion fortwährend neue Einsatzfelder erschließen. Die Menschen in den Commons vereint das gemeinsame Interesse an einem Produkt, was sie und andere haben wollen: das reicht vom klassischen Dorfteich über Hunderttausende von freien Softwareprogrammen bis zur Freie-Kultur-Community mit Ergebnissen wie der Enzyklopädie Wikipedia. Es ist eine Tatsache, dass Commons praktisch funktionieren und in einem Ausmaß Ergebnisse hervorbringen, die noch vor 30 Jahren undenkbar waren. Das sollte uns Mut machen, für die Gesamtgesellschaft Strukturen ins Auge zu fassen, die solchen Formen solidarischer Ökonomie breiten Raum geben.

Solidarische Ökonomie verfügt über eigene Regelwerke (z.B. Genossenschaftssatzungen oder die von Elinor Ostrom formulierten Prinzipien für das Commoning). Weitere Reglements sind hier weder nötig noch wünschenswert, denn es geht ja gerade um eine Entwicklung „von unten“: um Selbstorganisation. Der verbleibende Teil des industriellen Systems und die Gesamtgesellschaft bedürfen allerdings neuer Bedingungen zur angestrebten Umgestaltung („von oben“: sog. institutionelle Innovationen), und die beschreiben wir nun konkret:

Eigentum: In einer neuen, der Solidarischen Gesellschaft zugrunde liegenden Eigentumsordnung wären folgende Eigentumsformen möglich:

Privateigentum: Als grundlegende Voraussetzung persönlicher Freiheit soll Privateigentum garantiert bleiben. Allerdings können nicht einige wenige Menschen beliebige Mengen von Eigentum anhäufen und vererben: Großvermögen oberhalb einer demokratisch vereinbarten Grenze werden gemeinnützigen Zwecken zugeführt. Es soll auch Privateigentum an Grund und Boden oder Produktionsmitteln erlaubt sein (unterhalb der Obergrenze). Damit kann aber niemand mehr Rendite erzielen (siehe übernächster Punkt).

Gemeineigentum: Ressourcen im weitesten Sinne werden in Gemeineigentum zurückgeführt. Ihre künftige Nutzung handeln die Menschen demokratisch aus. Lokale Gremien organisieren vor Ort die Nutzung

der Gemeingüter (z.B. öffentliche Anlagen). Gremien der Region verwalten die regionalen Gemeingüter (z.B. Energie- und Wasserversorgung). Am Ende der Entwicklung sollte eine Weltgemeinschaft stehen, deren Handlungsprinzipien zuvor auf regionaler und internationaler Ebene erprobt wurden; ihre Gremien verwalten die globalen Gemeingüter (z.B. Atmosphäre, Weltmeere, Ölquellen).

Genossenschaftliches Eigentum: Genossenschaftsmitglieder sind Investoren, Eigentümer und Arbeitende zugleich. Genossenschaften entziehen der Profitsphäre schon heute wesentliche Anteile und können in einem künftigen System eine geeignete Eigentumsform von Unternehmen darstellen.

Geldsystem: Wer heute ein Bankkonto hat, verfügt nicht über Geld, sondern nur über ein Rückgabeversprechen privater Geschäftsbanken (welches diese nicht halten können, sobald auch nur zehn Prozent der Kunden gleichzeitig ihr Geld abheben wollen). Wie ließe sich diese Situation verbessern?

Geld bleibt als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel erhalten. Eine unabhängige Zentralbank sorgt für die Verwaltung des Geldes, sie bildet dabei die vierte Gewalt im Staat („Monetative“). Die Zentralbank – und nur sie – steuert die Geldmenge durch Geldschöpfung: alles Geld ist Zentralbankgeld („Vollgeldsystem“). Somit ist das Geld eines Kontos dann auch tatsächlich vorhanden. Das Vollgeld kommt teils per Kredit und teils durch direkte Finanzierung gesellschaftlich wünschenswerter Vorhaben in Umlauf (Einschränkung des Schuldgeldprinzips). Regionale Banken haben anders als heutige Geschäftsbanken keine Erlaubnis zur Geldschöpfung, sie agieren im Range von Treuhändern und verwalten das Zentralbankgeld gegen Gebühr in Höhe des Aufwands. Zins darf weder gezahlt noch erhoben werden. Wo es zu Steuerungszwecken nötig ist, wird bei Kreditvergabe eine zusätzliche Gebühr fällig, die an die öffentliche Hand fließt (so lässt sich beispielsweise das Ausufern von Konsumkrediten verhindern, das in vielen Fällen zur existenzbedrohenden Schuldenfalle wird).

Entkapitalisierung: Vielen Menschen ist gar nicht klar, wie sehr die kapitalorientierte Wirtschaft unser Leben bestimmt. Doch die Erträge

der Kapitaleigner haben eine sehr konkrete Quelle: Sie werden von uns allen bezahlt – z.B. durch Zinsanteile an den Preisen. Wie könnte eine Ordnung aussehen, in der das überwunden ist?

Gesetze unterbinden sämtliche Formen von Geldgeschäften, Aufgaben der heutigen Börsen wie etwa die Zuordnung von Investitionsmitteln werden durch regionale Banken übernommen. Auch allen weiteren Vermögenswerten (heutiges Sachkapital, Ressourcen, …) wird per Gesetz ihre Renditemöglichkeit genommen. Das bedeutet: Es gibt weiterhin private Geld- und Sachwerte, und man kann sie auch weiterhin zur Vorfinanzierung der Produktion einsetzen. Doch sie können dabei prinzipiell keine Rendite mehr erzielen: das ist der ganze (aber entscheidende!) Unterschied. In diesem Sinne ist dann die gesamte Gesellschaft vom Aderlass abfließender Kapitalgewinne entlastet, d.h. im positiven Sinne „*entkapitalisiert*" (Dirk Löhr). In einfachen Worten: Alleine nur durch den Einsatz von Geld- und Sachwerten – also ohne realwirtschaftliche Leistung – kann niemand mehr Geld verdienen.

Demokratie: Gelebte Demokratie und wirkliche, auf Resonanz aufbauende Teilhabe ist eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen gesellschaftlicher Beziehungen. Solange wirtschaftliche Interessen (häufig getarnt als ökonomische Gesetzmäßigkeiten) das Handeln der Politik dominieren, haben die Menschen nicht die Möglichkeit, das gesellschaftliche Zusammenleben selber zu gestalten. In einer solidarischen Gesellschaft wollen wir Bedingungen schaffen, die in möglichst allen gesellschaftlichen Bereichen (von der kleinen Lebensgemeinschaft bis zur Wahl eines Weltparlaments) demokratische Teilhabe ermöglicht. Es werden sich neue, heute noch kaum praktizierte Formen demokratischer Willensbildung herausbilden.

Menschen werden mehr als heute selbstorganisierende Strukturen einrichten, wo immer dies möglich und sinnvoll ist (die heutigen Hierarchien bleiben weit hinter den Möglichkeiten der Gesellschaft zurück). Insbesondere wird das Demokratieprinzip nun auch endlich in der Wirtschaft Einzug halten: Demokratisch gewählte Gremien aus Unternehmensangehörigen, Kommunen und Konsumenten bestimmen das Wirtschaftsgeschehen mit.

Staat: Gerade in einer Gesellschaft mit großen Anteilen von Selbstorganisation sind hoheitliche Aufgaben zu erfüllen, und die Gesellschaft muss sich sinnvolle Rahmenbedingungen setzen. Diese Rahmenbedingungen setzt nach wie vor der Staat um, der nun aber wirklich demokratisch mitbestimmt ist – anders als derzeit. In diesem Modell finanziert sich der Staat teils direkt und teils über Steuern; er stellt Investitionsmittel für gesellschaftlich wünschenswerte Vorhaben zur Verfügung. Oberhalb der heutigen Nationalstaaten soll es künftig eine globale Administration geben (ähnlich der UN, aber mit stärkeren Rechten und also wirksamer als heute). Sie sorgt für weltweite Umwelt- und Sozial-Mindeststandards und setzt die Ächtung bewaffneter Konflikte durch. Sie wacht also darüber, dass die weltweite Wirtschaftstätigkeit sozial- und naturverträglich wird.

Unternehmen: Im vorliegenden Alternativmodell sind Unternehmen selbstorganisierte Communities und Genossenschaften sowie auch staatliche und private Betriebe als Rest des bisherigen industriellen Systems. Nach wie vor finanzieren sich diese Wirtschaftseinheiten über Gewinne; die Vorfinanzierung geschieht mit zinsfreien Krediten oder (unentgeltlichen) Zuschüssen. Allerdings entfällt wie dargelegt die Möglichkeit der privaten Vereinnahmung von Rendite. Für den Umgang mit Überschüssen stehen mehrere Möglichkeiten offen: beispielsweise können Überschüsse anteilig an die öffentliche Hand umgelenkt werden (Kontrollmöglichkeiten anhand der Unternehmensbilanz wie heute). Auch eine allmähliche Umwandlung von Kapital in nichtrenditetragende Investitionsmittel ist denkbar („Kapitalneutralisierung“).

Zusammen mit der Kapitalrendite entfällt zugleich der Wachstumszwang und also der Verdrängungswettbewerb; das Arbeiten wird entspannter und stressfreier. Das vormalige Prinzip gnadenloser Konkurrenz kann den Prinzipien echter Kooperation weichen. Eigeninitiative, Innovation und Kreativität unterliegen keiner Beschränkung – und vor allem nicht mehr dem Diktat des Profits. Erstmals ist es nun nicht mehr nötig, mit einer riesigen Werbeindustrie einen Bedarf für im Grunde überflüssige Produkte zu wecken und so immerwährendes Wirtschaftswachstum sicherzustellen. Die Produktion kann sich am tatsächlichen Bedarf orientieren („on demand“).

Natürlich müssen auch künftig die Unternehmen am Markt bestehen: z.B. Produkte herstellen, welche die Menschen tatsächlich wollen. Sie weisen ihren Wirtschaftserfolg anhand einer Nachhaltigkeitsbilanz aus, welche die heutige Finanzbilanz um eine Sozial- und Ökobilanz erweitert. Je besser die Unternehmen in diesem Sinne wirtschaften, desto weniger Steuern zahlen sie und erhalten Vergünstigungen. Sie werden so zur Umorientierung angeregt (dadurch schwindet nicht etwa der Anreiz zum Wirtschaften an sich, sondern es entsteht ein Anreiz zum *menschendienlichen* Wirtschaften). Der Schwerpunkt liegt nun auf langlebigen Gütern bei naturverträglichem Materialeinsatz sowie der Aufwertung vorhandener Produkte und der Verlängerung ihrer Nutzungsdauer. Große Unternehmen mit weltweit verteilten Wertschöpfungsketten werden auf Grund ihrer Nachhaltigkeitsbilanz weniger wirtschaftlich sein (z.B. umweltbelastende Transporte!). Dieses Anreizsystem begünstigt also eine Verlagerung der Wirtschaft zurück in die Region, ohne dass dabei der weltweite Handel zum Erliegen kommen müsste, wo er weiterhin sinnvoll ist.

Marktregeln: Der Markt ist nicht mehr das dominierende Instrument zur Produktion und Verteilung der Güter. Vielmehr regeln sich diese in vielen Fällen nun durch direkte Beziehungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern: z.B. Reproduktionsgenossenschaften, Gemeingutfertigung („Commons“, „Peer-Produktion“) usw.

Daneben existieren nach wie vor auch Märkte im heutigen Sinne, allerdings werden die bisher auf Kapitaleinsatz zugeschnittenen Marktregeln durch solche ersetzt, die den Einklang ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte zum Ziele haben. Letztere sind in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen umschrieben: Armut abschaffen, Hunger beenden, gesundes Leben für alle (auch für künftige Generationen). Bisherige marktwirtschaftliche Konzepte haben nicht den Nachweis erbracht, diese Ziele erreichen zu können. Auch wenn es hart klingt: Unsere Erde ist so stark beschädigt, dass wir weltweit ökologisch umsteuern müssen. Nötig ist zunächst ein Rückgang der weltweiten Wirtschaftstätigkeit – und zwar so lange, bis der ökologische Fußabdruck wieder unter den Wert 1 sinkt (d.h. bis wir nachhaltig wirtschaften). Dabei müssen zugleich grüne Technologien wachsen, und auch den heute wenig entwickelten Ländern muss eine in-

dustrielle Entwicklung zugestanden werden. Das alles unter einen Hut zu bringen, ist eine äußerst komplizierte Aufgabe, vor der allerdings jedes zukunftsfähige Modell steht, nicht allein das hier skizzierte.

Verteilung der Arbeit: Der Begriff Arbeit umfasst jede Form von plan- und zweckmäßiger Tätigkeit. In einer solidarischen Gesellschaft werden deshalb entlohnte (Erwerbsarbeit) und nicht entlohnte Arbeit (Sorgearbeit, Ehrenamt usw.) gleichberechtigte Wertschätzung erfahren. Dies umso mehr, als schon heute die Sorgearbeit (Erziehungs-, Bildungs-, Pflegetätigkeiten, …) das Rückgrat der gesellschaftlichen Reproduktion bildet: Durchschnittlich entfallen in Deutschland auf Sorgearbeit mehr Wochenstunden als auf Erwerbsarbeit.

Der Anteil der Erwerbsarbeit wird künftig rückläufig sein (bspw. 20 Wochenstunden). Dies liegt an der weiterhin zu erwartenden Steigerung der Arbeitsproduktivität (Digitalisierung!) und der zugleich notwendigen Absenkung der Wirtschaftstätigkeit auf ein umweltverträgliches Maß. Der so entstehende Freiraum schafft nicht nur Zeit für Sorgearbeit (die heute bei Vollberufstätigkeit fehlt), sondern auch Gelegenheit, eigenen Interessen in Ruhe nachzugehen. Die Verteilung der noch notwendigen Erwerbsarbeit soll anteilig erfolgen, sodass jeder der möchte eine Arbeitsstelle erhalten kann. Der Ausgleich von Einkommenseinbußen durch den Rückgang von Erwerbsarbeit erfolgt teilweise aus Gewinnen (die nun nicht mehr als Kapitaleinkünfte abfließen), durch Wegfall der Zinsanteile an den Preisen sowie durch eine Grundversorgung. Otto Normalverbraucher wird dabei keineswegs schlechter dastehen als heute.

Einkommen und Sozialordnung: Jeder Mensch verfügt über eine ausreichende Grundversorgung je nach gesellschaftlich gewünschter Ausgestaltung (z.B. bedingungsloses Grundeinkommen, negative Einkommenssteuer o.ä.). Beim Entgelt für Erwerbsarbeit wird eine Spreizung vom niedrigsten bis zum höchsten Tarif demokratisch durch die Gesellschaft vereinbart (z.B. 1:10 o.ä.), höhere Bezüge sind nicht möglich. Unternehmer erhalten Unternehmerlohn, der die vereinbarten Höchstbezüge ebenfalls nicht überschreiten kann. Das alles ist keine Gleichmacherei! Nach Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung war das reale Nettoerwerbseinkommen in Deutschland

2010 bei neun Zehnteln der Erwerbstätigen exakt 1 zu 10,2 gespreizt, nur das oberste Zehntel fiel wegen der exorbitanten Vergütung von Managern aus dem Rahmen. Alle Menschen beteiligen sich gleichermaßen an der Umlagefinanzierung des Sozialsystems (Bürgerversicherung). Basis sind die Erwerbseinkommen, Einkommen aus Kapitaleinsatz gibt es nicht mehr. Beitragsbemessungsgrenzen entfallen, extreme Spitzeneinkommen wie heute gibt es nicht mehr. Die Unternehmen leisten weiterhin Sozialabgaben, allerdings bei steuerlichem Anreiz zum Schaffen von Arbeitsplätzen.

Lebensstil: Das persönliche Leben innerhalb der Gesellschaft wird reicher. Es folgt nun der Maxime: ‚Was ist ausreichend?' und nicht mehr ‚So viel wie möglich!'. Dem Güterreichtum folgt Zeitwohlstand („Suffizienz") – und substanzielle Information statt bedarfsweckender Werbung. Das individuelle Verhalten unterliegt keinem Diktat, wohl aber Anreizen im Rahmen intelligenter Preisgestaltung (z.B. gestaffelte Energiepreise je nach Verbrauch sowie konsequentes Umlegen sozialer und ökologischer Folgekosten auf die Preise).

Fazit: Im so umrissenen Gesellschaftsmodell erbringen Geld- und Sachwerte keine Rendite mehr, d.h. realwirtschaftliche Leistungen anderer können nicht mehr in Form von Kapitalerträgen abgeschöpft werden. Somit entfallen auch die oben genannten krisenhaften Folgeerscheinungen, die allesamt mit Anhäufung und Einsatz von Kapital verbunden sind. Die Merkmale der neuen Gesellschaftsformation erhalten Gesetzes- und Verfassungsrang, dabei sind Mindeststandards weltweit verbindlich. Die Mittel aus abgeschmolzenen Vermögen (nicht des kleinen Mannes, sondern der Milliardäre!) wie auch jener Teil des Mehrwerts, der nicht mehr über Kapitaleinkünfte abfließt, stehen von nun an der Gesellschaft zur Verfügung. Damit kann sie Aufgaben finanzieren, die sich heute mangels rentierlicher Erwartung nicht „rechnen", obwohl sie doch dringender wären als alles andere: Endlich wird für alle Menschen der Zugang zu Nahrung, Trinkwasser, medizinischer Versorgung usw. möglich. Endlich können Umweltschutzmaßnahmen wie bspw. die Entfernung von Plastikmüll in den Weltmeeren oder Aufforstung in Angriff genommen werden. Es entsteht im Grunde eine andere, eine dem Menschen zugewandte – eine liebenswertere Welt. Hier noch einmal das Wesentliche im Überblick:

Heutiger Zustand

Hauptziel des Wirtschaftens ist die Kapitalvermehrung, dazu dient die Bedarfsdeckung des zahlungsfähigen Teils der Gesellschaft. Den Mehrwert aus Wirtschaftstätigkeit vereinnahmen private Kapitaleigner.

Die Einkommen aus Erwerbsarbeit liegen teils extrem hoch (z.B. Managergehälter) und zugleich im unteren Einkommensbereich extrem niedrig. Die Einkünfte von Unternehmern und Kapitaleignern sind nach oben unbegrenzt.

Vermögen werden schrankenlos angehäuft und vererbt. Im Ergebnis besitzt 1 Prozent aller Menschen so viel wie die restlichen 99 Prozent: es kommt zu einer rasanten Fehlentwicklung der weltweiten Verteilung. Gemeingüter sind oft privatisiert.

Weder der Lebensstil noch die Produktion ist nachhaltig, die Umweltschäden steigen dramatisch. Unternehmen unterliegen einem Wachstumszwang und sind zum Verdrängungswettbewerb gezwungen: sie können nicht nachhaltig agieren.

Viele Menschen befinden sich in einer Konsumspirale bei steigendem Zeitdruck (Übermaß an Konsumangeboten, Überstunden). Zugleich sind andere Menschen mangels Geld vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.

Künftiger Zustand

Hauptziel des Wirtschaftens ist die Bedarfsdeckung aller Menschen. Der Mehrwert der Produktion kommt der gesamten Gesellschaft zugute. Der Einsatz von Geld- und Sachwerten ermöglicht keine private Rendite.

Die Einkommen aus Erwerbsarbeit richten sich nach demokratisch vereinbarten Höchst- und Mindestbezügen. Kapitaleinkünfte sind nicht mehr möglich. Unternehmer erzielen Unternehmerlohn (maximal bis zu den Höchstbezügen).

Die Gesellschaft vereinbart demokratisch eine Vermögensobergrenze, oberhalb derer Vermögen gemeinnützigen Zwecken zufließen. Gemeingüter gehen zurück an die Gemeinschaft. Unterhalb der Obergrenze wird Privatvermögen voll respektiert.

Preisanreize dämmen umweltschädlichen Konsum ein, der Anreiz zur nachhaltigen Tätigkeit von Unternehmen wird per Nachhaltigkeitsbilanz erreicht. Kein Erwirtschaften von Kapitalrendite mehr: der Zwang zu Wachstum und Verdrängungswettbewerb entfällt.

Es gibt genug für alle – aber ohne überbordenden Güterreichtum, stattdessen mehr Raum für Eigentätigkeit und Freizeit. Geringere Wochenarbeitszeiten bei trotzdem auskömmlichen Einkommen.

Das Gelingen des Umbaus

Die dargestellte künftige Gesellschaft kann man sich eigentlich ganz gut vorstellen. Weniger leicht vorstellbar ist dagegen, *wie* wir denn dorthin kommen wollen. Doch ohne solche Überlegungen, wie der Übergang in die neue Gesellschaft denn erfolgen soll („Transformation"), bleibt alles nur ein frommer Wunsch.

Hinsichtlich dieses Übergangs bekennt sich die Akademie unmissverständlich zu folgendem Grundsatz: *Keine (gewaltsame) Revolution*, keine Diktatur einer Partei oder Clique! Es geht um eine Umwälzung „in breitester Öffentlichkeit … und *unbeschränkter Demokratie*" (Rosa Luxemburg). Damit ist zugleich ein Zweites gesagt: Wir brauchen eine Mehrheit der Vernünftigen quer durch alle Schichten. Die entscheidende Voraussetzung für das Gelingen auf demokratischem Wege ist ein Bewusstseinswandel der Mehrheit. Dementsprechend sind Aufklärung und öffentliche Diskussion von größter Wichtigkeit. Die Menschen spüren es heute schon: es muss sich was ändern, und gewaltfreie Nichtregierungsorganisationen, Basisgruppen, Netzwerke und Bürgerinitiativen erheben ihre Stimme für Alternativmodelle. Ebenso wichtig sind praktische Projekte, innerhalb derer ein verändertes Bewusstsein schon jetzt gelebt und erprobt wird.

Immer mehr Menschen bemerken, dass Kooperation gut tut und dass sich Güter und Dienstleistungen kostengünstiger anbieten lassen, wenn der Aderlass der Renditen wegfällt. Genossenschaften (mit weltweit 800 Millionen Mitgliedern!), gemeinwohlorientierte Unternehmen, Tauschringe, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften: sie entstehen überall und verändern die Interessen und die Lebensweise der Beteiligten. Sie wachsen in Nischen des gegenwärtigen Systems und brauchen weiter nichts als die Übereinkunft der Beteiligten.

So werden alte und neue Formen eine Zeit lang nebeneinander bestehen. In dem Maße, wie es gelingt, politische Rahmenbedingungen schrittweise umzubauen, können gemeinwohlorientierte Formen für Unternehmen attraktiv werden und um sich greifen. Der Weg führt also zunächst über Umbauschritte, die allesamt den wirklichen Systemwechsel noch nicht erreichen, sondern nur Reformen bewirken.

Denkbare Beispiele reichen vom Rückgängigmachen der Privatisierung kommunaler Einrichtungen bis zum Durchsetzen sozialer und Umwelt-Mindeststandards. Jede solche Maßnahme ist ein Schritt in die richtige Richtung (und ermöglicht obendrein die Erfahrung, dass wir tatsächlich etwas bewirken können). Aber ein Schritt über den Rubikon ist sie noch lange nicht. Denn schlussendlich müssen Mehrheiten ein menschendienliches System wollen, in dem die leistungslose Bereicherung keinen Platz mehr hat. Für ein solches System sind Neuerungen nötig („institutionelle Innovationen"), die bspw. die zentrale Forderung der Unterbindung jeglicher Rendite gesetzlich umsetzen. Das ist nicht leicht zu erreichen. Denn solche Neuerungen brauchen die Übereinkunft der *gesamten* Gesellschaft – z.B. zunächst europäisch und später international. Nationale Alleingänge gegen Kapitalinteressen sind in Zeiten des global handelnden Kapitals nur schwer möglich (Kapitalflucht, Wirtschaftssanktionen, …).

Das eigentliche Ziel – eine neue Gesellschaftsordnung – wird nach allem, was zu erwarten ist, erst bei einer zugespitzten Krisensituation erreichbar sein, die im Detail weder vorhersehbar noch planbar ist. Aber als unwahrscheinlich gelten muss sie nicht! Denn die Stabilisierungskosten des kapitalistischen Systems werden immer höher (Bankensystem, Sicherung der Zahlungsfähigkeit ganzer Staaten, Beherrschen der Migrationsströme, …). Zugleich lässt sich das systemnotwendige Wirtschaftswachstum immer schwerer aufrechterhalten und die Folgekosten ökologischer Schäden steigen ebenso wie die der Rohstoffgewinnung. So wird die Stabilität des Systems stetig geringer, bis es eines Tages nicht mehr gelingt, ein Überspülen des flacher werdenden Dammes zu verhindern: Das ist dann der Kipppunkt. Nur aus einem destabilisierten System heraus lässt sich eine neue Ordnung schaffen. Und so ähnlich wie Roosevelt seinen New Deal unter dem Schock der Großen Depression gegen alle Widerstände durchsetzen konnte, lassen sich nach solcher Krise dann hoffentlich auch die nunmehr nötigen Veränderungen durchsetzen. Jedoch nur – wiederum sei es betont –, falls die Ursachen der Krisen verstanden sind und eine Mehrheit von Menschen ein neues System tatsächlich will.

Wie wahrscheinlich ist nun dieses mehrheitliche Wollen? In Deutschland halten derzeit 65 Prozent der Menschen das heutige System für

„immer noch am besten“. (statista.com). Doch 77 Prozent der gleichen Befragten wissen, dass die Reichen dabei immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Sie werden bemerken, dass sie selbst es sind, die die Kapitaleinkünfte der Rentiers Jahr für Jahr bezahlen, z.B. über den Zinsanteil an den Preisen. Doch auch manche Kapitaleigner kommen längst ins Grübeln, denn die verhängnisvollen Folgen des Systems nützen wirklich niemandem! Es sind Geschäftsführer und Belegschaftsmitglieder gleichermaßen, die in solidarökonomischen Projekten arbeiten oder sich die Richtlinien der Gemeinwohlökonomie zu eigen machen. Es sind Kapitaleigner, die sich dem sozialen Unternehmertum anschließen oder eine höhere Besteuerung großer Vermögen fordern. Immer mehr Menschen aus allen Lagern bemerken, dass es nicht gut für sie selber ist, wenn es weitergeht wie bisher. Der Kapitalismus kann nicht anders, er vermag der selbst erschaffenen Not nicht Herr zu werden. Und dieses fortdauernde Unvermögen ist der eigentliche Nährboden für das Gelingen des notwendigen Umbaus.

Einordnung in die öffentliche Diskussion

Die Akademie Solidarische Ökonomie versteht sich als Bestandteil der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen, die den Kapitalismus hinter sich lassen wollen. Die öffentliche Diskussion ist von großer Vielfalt – und das beginnt überraschenderweise bereits beim Verständnis der Grundbegriffe. So gibt es unterschiedliche Sichtweisen, was Kapitalismus überhaupt sei – und folglich, wie er aufzuheben wäre. Karl Marx sah im Privatbesitz von Produktionsmitteln ein wesentliches Merkmal des Kapitalismus und dementsprechend war es für ihn entscheidend, solchen Privatbesitz zu unterbinden. Wir vertreten in dieser Schrift die Auffassung Gerhard Scherhorns, wonach das prägende Merkmal des Kapitalismus im „Vorrang der endlosen Kapitalakkumulation“ zu sehen ist. Die kapitalistische Gesellschaftsform wird demnach dann verlassen, wenn die private Profitvereinnahmung ausgeschlossen ist. Andere Sichtweisen fassen den Kapitalismus-Begriff noch weiter und nennen zusätzlich Markt und Geld, bisweilen

auch Eigentum und Staat als Grundmerkmale des Systems. Die kapitalistische Gesellschaftsform würde unter diesen Annahmen erst dann verlassen, wenn all diese Merkmale aufgehoben sind.

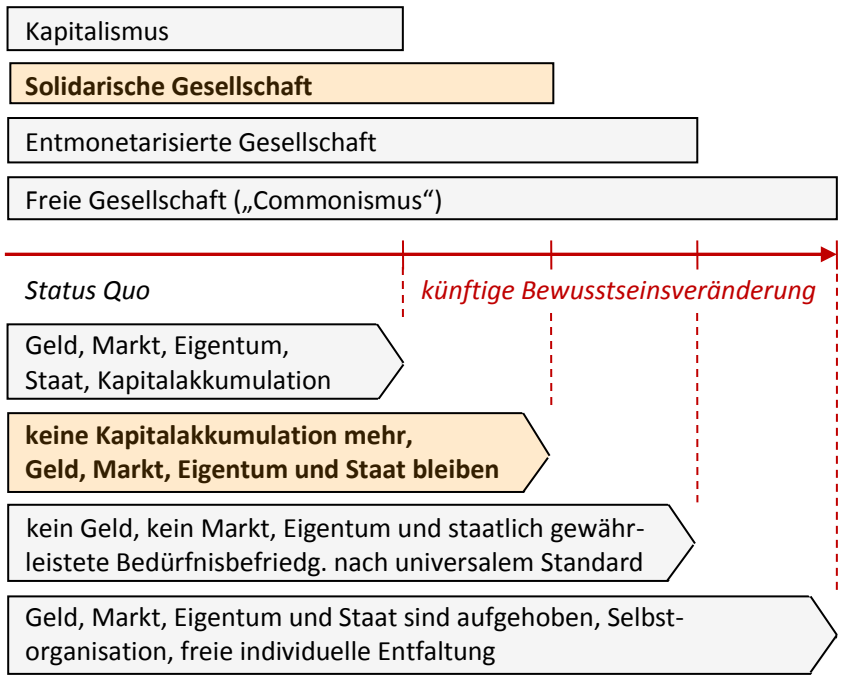
In der öffentlichen Debatte wird dieses Fernziel *Freie Gesellschaft* genannt (vgl. z.B. keimform.de). Und weil Freiheit immer die Freiheit der anderen ist, soll in dieser Gesellschaft das Glück der Einen also nicht vom Unglück der Anderen abhängig sein. Das hat Konsequenzen: Statt *du oder ich* gilt Kooperation (rivalisierende Konkurrenz kennt immer nur einen Gewinner). Statt *mein oder dein* gibt es Formen gemeinsamer Teilhabe (Eigentum, selbst kollektives, schließt andere aus). Statt *Verordnung und Staat* gelten neue Organisationsformen (Verordnungen durchzusetzen bedeutet letztlich Gewalt). Statt *Ware gegen Geld* werden Produkte nicht mehr über den Markt verteilt (der Markt hat immer eine Tendenz zur Machtkonzentration). Kurz: Es müssten sich meine Bedürfnisse am besten durch das Einbeziehen anderer befriedigen lassen („Inklusionsbeziehung"), während in der heutigen Gesellschaft meine Bedürfnisse am effektivsten auf Kosten anderer befriedigt werden („Exklusionsbeziehung").

Beim Betrachten der Freien Gesellschaft fällt Zweierlei auf: Wesentliche Teile der genannten Merkmale sind in Commons bereits verwirklicht; deshalb wird die Freie Gesellschaft auch *Commonismus* genannt. Produkte der Commons wie etwa Wikipedia werden weder am Markt noch gewinnbringend vertrieben; sie entstehen in Selbstorganisation sowie freiwilliger Kooperation – und haben Eigentumsformen, die andere Menschen nicht ausschließen (z.B. Creative-Commons-Lizenzen). Es wäre somit Unfug, die Freie Gesellschaft als generell unrealistisch abzutun; ihre Merkmale existieren bereits. Zugleich aber ist es eine noch völlig offene Frage, ob und wie sich diese Art Spielregeln auf die Gesamtgesellschaft übertragen lassen. Das ist von der demokratischen Willensbildung abhängig – bei durchaus unklarem Ausgang. Wer über dieses Fernziel nachdenkt, muss lange Etappen einkalkulieren.

Die Etappen bestehen aus jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklungsstufen, die bezüglich des utopischen Horizonts der Freien Gesellschaft im Range von Vorformen sind. Sie ermöglichen praktische Erprobung und Ausweitung der notwendigen Akzeptanz, bei Bedarf auch demo-

kratische Korrekturen von Zielvorstellungen. Als eine denkbare Vorform kennt der öffentliche Diskurs bspw. das Modell der entmonetarisierten Gesellschaft: Geld, Markt und Äquivalenztausch wären darin bereits aufgehoben, jedoch bestehen noch immer Eigentum und staatliche Regularien. Das Fernziel der Freien Gesellschaft ist hier also noch nicht erreicht – etwa weil noch keine mehrheitliche Akzeptanz besteht, auf Eigentum zu verzichten. Aber immerhin gäbe es in diesem Modell bereits das gesellschaftliche Einvernehmen, Geld und Markt für entbehrlich zu halten. Doch auch dessen Akzeptanz wird sich keinesfalls von selbst einstellen! Es bedarf noch weiterer, früherer Vorformen, die zunächst den Weg dorthin bereiten.

Wer also vom Fernziel der Freien Gesellschaft ausgehen möchte, der wird unser Modell der Solidarischen Gesellschaft nicht etwa im Gegensatz dazu vorfinden, sondern als eine solche Vorform. Die folgende Abbildung zeigt das am Beispiel zweier Vorformen:



Man sieht in der Grafik die unterschiedliche Reichweite der Entwicklungsstufen, aber auch die unterschiedlichen Anforderungen an das gesellschaftliche Bewusstsein, welches zur Akzeptanz der jeweiligen Merkmale nötig ist. Von dieser mehrheitlichen Akzeptanz wird es abhängen, ob Stufen übersprungen oder im Gegenteil nicht (oder noch nicht) erreicht werden können.

Soweit eine kurze Einordnung. Wir sind nun allerdings der Meinung, dass die Freie Gesellschaft in naher Zukunft nicht erreichbar ist, denn dies setzt die mehrheitliche Akzeptanz des Verzichts auf Markt, Geld, Eigentum und Staat voraus. Und wie auch immer die Debatte eines Tages ausgehen wird: Wir können mit dem Ende der Wachstumsgesellschaft nicht warten, bis die öffentliche Diskussion zu all diesen Fragen Übereinkunft erzielt. Deshalb legen wir einen Entwurf vor, der bereits jetzt und mit weit geringeren Akzeptanz-Forderungen all jene Fehlentwicklungen überwindet, die durch die Kapitalakkumulation verursacht sind (z.B. der fortwährende Wachstumszwang). Und dieser von uns vorgeschlagene Schritt ist dennoch nicht klein. Er ist im besten Sinne *radikal*, denn er setzt an der *Wurzel* unserer heutigen Probleme an. Das Aufheben der Möglichkeit, Profit privat zu vereinnahmen, ist gleichbedeutend mit einer tiefgreifenden zivilisatorischen Transformation! Und zugleich erhalten mit diesem ersten Schritt neue Vorformen Raum, in denen das Heranwachsen der Akzeptanz weiterer Schritte begünstigt wird, sofern diese Akzeptanz überhaupt wachsen wird.

Vor diesem Hintergrund wird nun auch klar, warum wir eine Diskussion der „richtigen“ Kapitalismus-Merkmale für entbehrlich halten. Die künftige Gesellschaft wird ohnehin nur jene Merkmale hinter sich lassen, die sie mehrheitlich hinter sich lassen *will*. Welche das sein werden, entscheiden nicht wir. Wir brauchen aber eine heute schon praktikable Alternative. Ob die Gesellschaft später weitere Schritte gehen möchte (die vielleicht einmal bis zur Freien Gesellschaft führen?), ist eine völlig offene Frage. Wir befinden uns in einem iterativen Prozess über lange Zeitstrecken (Elmar Altvater), dessen Ende niemand von uns kennt – und müssen dennoch schnellstens aus der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft herausfinden: Jetzt.

Nach vorne blicken

Betrachten wir gemeinsam noch einmal die Situation. Sie ist unbehaglich, ringsum brauen sich Krisen zusammen Und jede einzelne von ihnen hat das Zeug, uns aus dem Paradies zu vertreiben.

Auch das CO_2-Problem ist von dieser Art. CO_2 ist ein Treibhausgas, auf den Wärmehaushalt der Erde wirkt es so ähnlich wie ein Gewächshausdach. Der CO_2-Anteil in der Atmosphäre ist in den vergangene Jahrzehnten sprunghaft angestiegen und heute weit höher, als er innerhalb der zurückliegenden vierhunderttausend Jahre jemals war; das kann man in Eisbohrkernen messen. Schuld ist der weltweit wachsende CO_2-Ausstoß durch den Einsatz fossiler Energieträger: Kohle, Erdgas und Erdöl. Wie schon erwähnt ist dieser Ausstoß 2018 auf 37 Gigatonnen angeschwollen (1920: 3,5, 1970: 15 Gt). Warum kriegen wir dieses Problem nicht in den Griff – trotz aller Klimakonferenzen?

Es liegt am Wachstum. Die weltweite Industrieproduktion ist allein von 1963 bis 2000 um Faktor 4 gestiegen, dementsprechend schnellte der Bedarf an Primärenergie nach oben: von 6,1 Milliarden Tonnen 1973 auf 13,6 Milliarden Tonnen Öl-Äquivalent 2015! Zwar lag 1973 der Anteil fossiler Primärenergieträger bei 86 Prozent und 2015 bei nur noch 81. Ein Forstschritt, könnte man meinen, aber es sind 81 Prozent von mehr als der doppelten Menge! Deshalb musste der CO_2-Ausstoß – trotz aller Erfolge bei Windkraft und Solartechnik – immer weiter ansteigen. Was wir dank technologischen Fortschritts an Entlastung erreicht haben, wurde vom Wachstum wieder aufgezehrt.

Wir brauchen also dringend eine Abkehr von der Wahnidee stetigen Wirtschaftswachstums. Doch nochmals sei es gesagt: Wenn in einer Volkswirtschaft das im Vorjahr vermehrte Kapital wiederum rentierlich investiert werden soll, verlangt das eine entsprechend vermehrte Wirtschaftstätigkeit. Ohne Wachstum kann es keinen profitablen Kapitaleinsatz geben! Wirtschaftswachstum ist demnach kein Irrtum der politisch Verantwortlichen, sondern unabdingbare Notwendigkeit dieses Systems. Kein Wirtschaftswachstum bedeutet: Kein Kapitalismus. Erst wenn wir das verstanden haben, wird der Blick frei für die Lösung unserer drängenden Probleme.

Anhang: Häufige Fragen und Einwände

- ***Warum keine Rendite: soll ein Kleinunternehmer keine 5% Gewinn haben dürfen?***
  Bei einem Kleinunternehmen sind 5% wenig, bei einem Unternehmen mit Millionenumsatz sind 5% viel. Deshalb sollen Rendite-Prozente prinzipiell unterbunden werden. Der Kleinunternehmer kann sich als Unternehmerlohn nehmen, was er bisher als Gewinn hatte. Der Unternehmer mit Millionenumsatz aber kann das nicht mehr, denn bei ihm greift die Einkommens-Obergrenze.

- ***Eine Obergrenze der Einkommen ist wie im Kommunismus und wäre gegen die Grundsätze der Leistungsgesellschaft!***
  Es war nicht Stalin, sondern der amerikanische Präsident Roosevelt, welcher erklärte: Niemand soll mehr verdienen als 25.000 Dollar, was heute reichlich 200.000 Dollar im Jahr entspricht. Keiner hat ihn damals für verrückt gehalten (so Robert Reich). Vielmehr stellt sich gerade unter Leistungsgesichtspunkten die Frage, wieso ein Vorstandsgehalt beim Tausendfachen eines Lagerarbeiters liegt. Leistet ein Manager denn tausendmal mehr?

- ***Das Unterbinden jeglicher Rendite verlangt einen zu großen Kontrollaufwand!***
  Warum? Die gleichen Instrumente, mit denen Roosevelt 40 Jahre lang hohe Spitzensteuersätze auf Einkommen durchgesetzt hat, können auch das Prinzip Null-Rendite durchsetzen.

- ***Gibt das nicht Mord und Totschlag, wenn den Reichen mittels Obergrenze ein Teil ihrer Vermögen abgeschmolzen werden soll?***
  Im Moment erleben wir gerade, wie Mord und Totschlag weltweit zunehmen, weil die Umverteilung unterbleibt. Ohne Umverteilung kann es keine Befriedung geben. Nur Gerechtigkeit bringt Frieden hervor.

- ***Weshalb soll der Kapitalismus überwunden werden? Wir haben doch in Deutschland keinen Kapitalismus, sondern Soziale Markwirtschaft!*** Die deutsche Soziale Marktwirtschaft ist und war immer schon mit kapitalistischer Wirtschaftsweise verbunden (auch als sie den Namen noch eher verdiente als heute). Immer wurde von privaten Kapitaleignern Rendite vereinnahmt.

- ***Das Vorhaben einer direkten Staatsfinanzierung muss Inflation verursachen!***
  Muss es nicht, die künftige Zentralbank kann die Geldmenge direkter steuern als heute. Außerdem gibt es das längst: der Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB ist nichts anderes als direkte Staatsfinanzierung auf Umwegen.

- ***Wenn heute privatisierte Ressourcen wie Bodenschätze wieder zu Gemeingütern werden sollen: wäre das nicht verfassungswidrig?***
  Nein. Unser Grundgesetz schützt zwar privates Eigentum, verpflichtet es aber zugleich dem Wohle der Allgemeinheit und sieht, wo dies nicht gewährleistet ist, ausdrücklich die Vergesellschaftung vor (Artikel 14 und 15 GG). Substanzverzehr nach privaten Profitgesichtspunkten dient nicht dem allgemeinen Wohl.

- ***Die extreme Armut in vielen Ländern der Erde ist eine Folge von Korruption und Misswirtschaft. Man muss zur Bekämpfung dieser Armut nicht den Kapitalismus abschaffen, sondern vor Ort die Wirtschaft in Schwung bringen!***
  Selbstverständlich brauchen diese Länder dringend wirtschaftliche Entwicklung. Die aber muss zulasten der Wirtschaftstätigkeit in den entwickelten Ländern gehen. Denn in der Summe darf die weltweite Wirtschaftsleistung nicht steigen, sondern sie muss solange fallen, bis die Umweltbelastung wieder aus dem roten Bereich heraus kommt. Und dieses Absenken ist mit Kapitalismus nicht zu machen.

- ***Was die Akademie vorschlägt: das ist Staatskapitalismus!***
  Nein. Auch im Staatskapitalismus ist alles Handeln dem

Renditedenken unterstellt (nur wird die Rendite staatlich – d.h. von einer Polit-Clique – vereinnahmt). Im Akademie-Modell dagegen gibt es keine Rendite mehr. Bedarfsdeckung ist hier das Ziel, nicht Rendite.

- ***Kredite für gesellschaftlich wünschenswerte Vorhaben, die zinsfrei sind oder nicht rückgezahlt werden müssen: das ist Staatssozialismus!***
  Nein, das gibt es auch im herrschenden System, z.B. zinsfreie KFW-Kredite und Subventionen; allerdings sind die heute oft bizarr, z.B. EU 2011: 35 Mrd. Euro Subventionen für nukleare Anlagen sowie 66 Mrd. für fossile Kraftwerke…

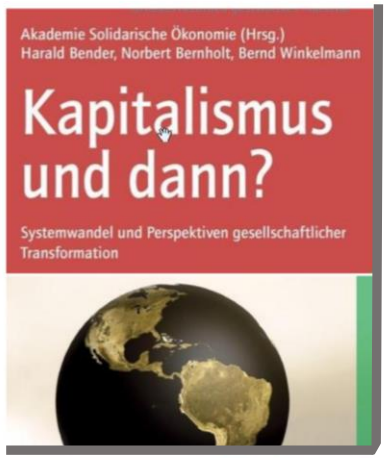
- ***Es stimmt gar nicht, dass die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung nicht funktioniert! Die EU-15-Länder weisen von 1973 bis 2000 eine nahezu konstante Ressourcennutzung bei trotzdem linear wachsendem BIP aus (Wuppertal Institut).***
  Der Grund für diese scheinbar gute Nachricht ist die Verlagerung der Industrie in andere Teile der Welt. 1961 wurden in Deutschland noch 55,7% des BIPs durch materielle Produktion erwirtschaftet. 2011 aber waren es nur noch 26,2% (Großbritannien 16,5%, Frankreich 12,6%). Die zitierten Daten 1973 bis 2000 müssen in diesen Zusammenhang gestellt werden. Trotz Deindustrialisierung ist in Europa also der Ressourcenverbrauch nicht gesunken! Der Grund liegt im gesteigerten Konsum.

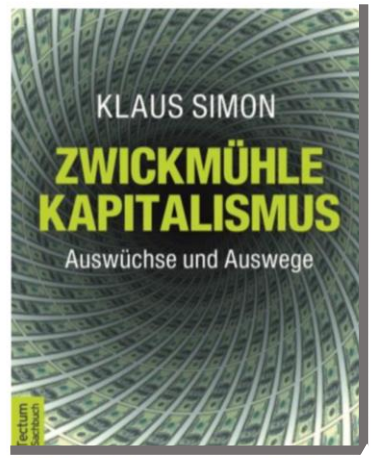
- ***Es gibt doch kaum noch Wirtschaftswachstum und also auch kaum noch daraus resultierende Umweltprobleme: 1953 hatten wir in Deutschland ein Wirtschaftswachstum von 9%, heute nur noch um 1%!***
  Dieser Trugschluss taucht immer wieder auf. Die deutsche Wirtschaft wächst (von kurzen Schwankungen abgesehen) in Absolutwerten linear immerzu gleich! Das BIP lag 1953 bei 325 Mrd. und 2015 bei 3.026 Mrd. Euro, das ist 9,3 Mal mehr als 1953! Das relative Wachstum aber (die Wachstumsrate in Prozent) muss aus mathematischen Gründen bei linearem Wachstum ständig fallen.

Eine gleichbleibende Wachstumsrate würde exponentielles Wachstum bedingen.

- ***Ist das weltweite Anwachsen der Industrialisierung im 20. Jahrhundert wirklich so groß gewesen, dass es zu Schäden am Ökosystem führen musste?***
  Ein verlässlicher Gradmesser industriellen Wachstums ist die jährliche Rohstahlproduktion (gekoppelt an diese wachsen auch die meisten anderen Segmente). Sie ist weltweit zwischen 1900 und 2012 von 28 auf 1.548 Millionen Tonnen gestiegen, das entspricht dem Faktor 55! Die Umweltschäden sind nicht verwunderlich...

Aus unseren Publikationen:





Faktenblätter

der Akademie
Solidarische Ökonomie

je Thema vier Seiten,

klar und prägnant

Unterwegs in die Zukunft

Wir möchten weder auf staatssozialistische Planwirtschaft noch kommunistische Diktatur oder Gleichmacherei aller Menschen und Kontinente hinaus. Es geht uns vielmehr darum, die unheilvolle Zunahme sozialer Ungerechtigkeit und ökologischer Belastung zu beenden. Es ist ein Skandal, wenn 1 Prozent Reiche so viel wie die restlichen 99 Prozent der Weltbevölkerung besitzen, und wir das Ökosystem immer weiter belasten und schädigen – als würde unser Leben gar nicht von ihm abhängen. Es kann kein verschwenderisches „Weiter so“ mehr geben, wir brauchen eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Doch wie könnte die neue Ordnung aussehen? Diese Broschüre gibt eine der möglichen Antworten.